Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 2. August 2010
Ausgabe 144

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Arbeitsplätze am Flughafen München gesichert 4
› Info-Point „Engagiert leben in München“ 4
› Ausstellung „Skulpturen” von Stephan Kern in der Rathausgalerie 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Wer sagt die Wahrheit? 8
› Winterschäden 10
› Gebührenberechnung des AWM? 12
› Nutzung des Parkplatzes an der Floßlände 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **16**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Heute, Montag, 2. August, 18.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Bürgermeister Hep Monatzeder berichtet als Vorsitzender über die Sondersitzung des Klinikum-Aufsichtsrats, der sich heute mit der Bestellung eines weiteren Interims-Geschäftsführers befasst.

Wiederholung
Dienstag, 3. August, 11 Uhr,
Rathaus, Amtszimmer des Oberbürgermeisters
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Helga Kraus, die als letztes „fränkisches Krenweiberl" in München nun in den Ruhestand tritt, einen geschnitzten Moriskentänzer zur Erinnerung. Die fränkischen Krenweiberl, Frauen in fränkischer Tracht, die mit ihren Körben jahraus, jahrein in der Fußgängerzone saßen und unter anderem Meerrettich, Gewürze und Tee verkauften, gehörten über Jahrzehnte dort zum Stadtbild.

Mittwoch, 4. August, 8.15 Uhr, Arnulfstraße 5,
neben Aufgang zum Starnberger Flügelbahnhof, Parkbucht
Sozialreferentin Brigitte Meier und Bernhard Taubenberger von der Schörghuber Stiftung & Co.Holding KG Unternehmensgruppe verabschieden Familien mit Kindern zu einem Ausflug ins Estergebirge. Das Estergebirge ist zwischen dem Walchensee und Eschenlohe. Das Stadtjugendamt kann im Rahmen des Ferienprogramms diese Familienfahrten für Eltern und Großeltern mit Sieben- bis 13-jährigen aus Stiftungsmitteln der Schörghuber Stiftung anbieten.
Die Schörghuber Stiftung für Münchner Kinder, die vom Sozialreferat verwaltet wird, feiert in diesem Jahr ihren 15. Geburtstag. Gefördert wird die Teilnahme von Kindern bedürftiger Eltern an Klassenfahrten und die Organisation von Ferienfreizeiten. Seit der Gründung konnten 55.000 Münchner Kinder mit 1,7 Millionen Euro aus Geldern der Stiftung unterstützt werden.
Mehr Infos zu „15 Jahre Josef Schörghuber Stiftung" unter Aktuelles *www.muenchen.de/stiftungsverwaltung*.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Donnerstag, 5. August, 14.05 Uhr, Event-Arena im Olympiapark
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum 30-jährigen Jubiläum der Spielstadt „Mini-München". Die Spielstadt Mini-München hat sich in den letzten Jahrzehnten zum erfolgreichsten Ferienprogramm der Stadt München, zu einem der bekanntesten kulturpädagogischen Projekte in

Deutschland und zu einem international nachgefragten Kultur- und Bildungsprojekt für Kinder und Jugendliche entwickelt. In diesem Jahr findet Mini-München zum 15. Mal statt. Die Spielstadt ist vom 3. bis 21. August Dienstag bis Samstag von 11 bis 18 Uhr für Kinder und Jugendliche von sieben bis 15 Jahren geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Donnerstag, 5. August, 19 Uhr,
Kunstpavillon Alter Botanischer Garten, Sophienstraße 7a
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers überreicht den Seerosenpreis 2010 an die Künstlerin Dorothea Frigo (geboren 1949) und den Künstler Hermann Bigelmayr (geboren 1958). Konrad Hetz, der Sprecher des Seerosenkreises, begrüßt, die Laudatio hält Professorin Dorothea Reese-Heim. Der mit gesamt 4.000 Euro dotierte Seerosenpreis wird jährlich an Künstlerinnen und Künstler vergeben, die langjährig tätig sind und ihren Lebens- und Schaffensmittelpunkt in München haben. Der Preis ist von der Landeshauptstadt München gestiftet und ist „eine Auszeichnung von Künstlerinnen und Künstler für Künstlerinnen und Künstler". Die Preisverleihung findet im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung statt. Pressevertreter sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 5. August, 20 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „Stephan Kern – Skulpturen". Johannes Muggenthaler, Kulturreferat, hält eine Einführung.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 5. August, 11 Uhr.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Montag, 9. August, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Mehlfeld's", Guardinistraße 98 a (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 20 (Hadern). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Johann Stadler statt.

Meldungen

(teilweise voraus)

Arbeitsplätze am Flughafen München gesichert

(2.8.2010) Der Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München Dieter Reiter hat am Freitag in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Flughafen München GmbH (FMG) dem Konzept zur Sanierung des Bodenverkehrsdienstes zugestimmt. Reiter: „Ich bin sehr froh, dass nun nach langen und harten Verhandlungen eine Lösung für den Bodenverkehrsdienst am Flughafen erzielt werden konnte, die den Erhalt der Arbeitsplätze dort sichert."
In der Sitzung wurde ein zwischen Arbeitnehmern und Geschäftsführung verhandeltes Konzept vorgestellt, das insbesondere durch deutliche Zugeständnisse auf der Arbeitnehmerseite zustande kommen konnte. Reiter: „Die Arbeitnehmerseite hat die Zeichen der Zeit erkannt und meines Erachtens vorbildlich und verantwortungsvoll ihren Beitrag zur Lösung, also zum Erhalt der gefährdeten Arbeitsplätze, geleistet."
Insgesamt sieht sich die Stadt München in ihrer beharrlichen Strategie, eine Privatisierung des Bodenverkehrs zu Lasten der Beschäftigten zu verhindern, bestätigt. Der Wirtschaftsreferent weiter: „Dass dies möglich wurde, ist einer engen inhaltlichen Abstimmung mit dem Mehrheitsgesellschafter Freistaat Bayern und dem Bund zu verdanken. Ein langer Prozess mit intensiven Diskussionen konnte nun im Schulterschluss aller Gesellschafter konstruktiv beendet werden." Kontakt: Referat für Arbeit und Wirtschaft, Pressestelle, Carolin Pöverlein, Telefon 2 33-2 38 75.

Info-Point „Engagiert leben in München"

(2.8.2010) Der nächste Info-Point „Engagiert leben in München" findet am Mittwoch, 4. August, von 9.30 bis 20 Uhr im Olympia-Einkaufszentrum, Hanauer Straße 68, statt.
Von 9.30 bis 14.30 Uhr präsentieren sich:

- Stiftung Gute-Tat.de: Hier handelt es sich um ein Freiwilligen-Netzwerk für kurzzeitiges, gezieltes Engagement in gemeinnützigen Projekten und Einrichtungen, das spontane und individuelle Hilfe von Mensch zu Mensch fördern will. Dafür werden freiwillige Helferinnen und Helfer jeden Alters und Berufs beraten und vermittelt. Kontakt: Petra Bauer-Wolfram, Telefon 45 47 50 04, p.bauer-wolfram@gute-tat.de, *www.gute-tat.de*
- Sozialverband VdK: Der Sozialverband VdK vermittelt und berät seine Mitglieder im gesamten Sozialrecht (zum Beispiel zum Rentenrecht,

Schwerbehindertenrecht, gesetzliche Krankenkassen usw.), erledigt den Schriftverkehr in diesem Rechtsgebiet und führt Widerspruch- und Klageverfahren. Als Ehrenamtlicher kann man sich gerne in einem der 52 Ortsverbänden mit einbringen. Kontakt: Wolfgang Dietzel, Telefon 21 17 430, mailto:w.dietzel@vdk.de

- Die Beratungsstelle für ältere Menschen und Fachstelle für pflegende Angehörige des PARITÄTISCHEN: Die Beratungsstelle informiert und berät zu den Themen Alter und Pflege. Ziel ist, ältere Menschen dabei zu unterstützen, ihren Alltag in den eigenen vier Wänden weitgehend eigenständig gestalten und organisieren zu können. Pflegende Angehörige werden durch Beratung und Begleitung in ihrer Situation gestärkt und entlastet. Neben telefonischen Beratungen und Hausbesuchen wird auch ein Besuchs- und Begleitdienst, eine Angehörigengruppe und ein Altenclub geboten. Kontakt: Stephanie Winter, Telefon 2 42 07 78-2 08, beratungsstelle@paritaet-bayern.de
- Die Offene Behindertenarbeit – evangelisch in der Region München - organisiert Freizeit nicht für, sondern mit Menschen mit einer geistigen Behinderung. Die Angebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren werden in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen hauptberuflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden gestaltet. Im Zentrum steht der Gedanke der Selbstbestimmung und der Integration beziehungsweise Inklusion. Kontakt: Cornelia Bliemel, Telefon: 12 66 11-52, c.bliemel@oba-muenchen.de
- Das Münchner Bildungswerk ist Deutschlands größte Einrichtung der katholischen Erwachsenenbildung und veranstaltet Führungen, Vorträge und Kurse zu den Bereichen Sinn und Orientierung, Gesellschaft und Leben, Weiterbildung und Wissen, Kunst und Kultur, Gesundheit und Kreativität sowie vielfältige Angebote zum freiwilligen Engagement. Kontakt: Monika Bischlager, Telefon 54 58 05-24, mbischlager@ muenchner-bildungswerk.de

Von 14.30 bis 20 Uhr präsentieren sich:

- KOMM in die Zukunft – Jugendförderprojekt: Das Projekt will Jugendlichen eine Perspektive bieten, sie in das Berufs- und damit in das Erwachsenenleben begleiten. Als ehrenamtliche Patin/ehrenamtlicher Pate kann man Hauptschüler beim Übergang ins Berufsleben innerhalb des Netzwerks unterstützen. Kontakt: Hildegard Mayr , Telefon 60 01 33 22, bue rgertreff@freenet.de und Ursula Gantenberg, Telefon 98 11 02, u.gantenberg@t-online.de
- „Die Linie 1“ Kulturverein München – Moosach: Zweck des Vereins ist die Förderung und bürgernahe Vermittlung von Kunst und Kultur im Stadtteil Moosach, insbesondere im Kultur- und Bürgerhaus Pelkoven-

schlössl. Der Verein wird gefördert durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und getragen durch das ehrenamtliche Engagement seiner Mitglieder. Kontakt: Günther Frohnauer, Telefon: 1 41 53 75, vorsitzender@dielinie1.de

- Beratungsstelle Wohnen - Stadtteilarbeit e.V.: „Ich will nicht ins Heim!" – ist eine Aussage, die immer öfter von Betroffenen zu hören ist. Die Beratungsstelle unterstützt alte Menschen dabei, auch bei körperlichen und/oder geistigen Schwächen weiter daheim wohnen bleiben zu können. Wichtigster „Stützpfeiler" dabei sind die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie kaufen ein, begleiten und betreuen. Die ehrenamtlichen Helferinn und Helfer sind versichert und es werden auch die erforderlichen Fortbildungen bezahlt. Kontakt: Gloria Hörnemann, Telefon 35 70 43-21, g.hoernemann@verein-stadtteilarbeit.de
- SuchtHotline München e.V.: Die Angebote der SuchtHotline umfassen Beratung rund um die Uhr, juristische und medizinische Auskünfte, Beratung für Ausländer und Online-Beratung. Die Ausbildungskurse für ehrenamtliche Helfer beginnen im September. Kontakt: Christoph Teich, Telefon 24 20 80-12, *www.suchthotline.info*
- H-TEAM e.V. – Betreuungsverein: Wer ein anspruchsvolles und abwechslungsreiches Ehrenamt sucht, der kann sich als gesetzlicher Betreuerin/gesetzlicher Betreuer engagieren. Mit Wissen und Lebenserfahrung kann sie/er entscheidend dazu beitragen, dass Menschen trotz Krankheit oder Behinderung selbstbestimmt leben können. H-TEAM-e.V. vermittelt eine geeignete Betreuung und unterstützt in dieser verantwortungsvollen Aufgabe mit Beratung, Schulungen, Fortbildungen und regelmäßigem Erfahrungsaustausch. Kontakt: Anja Hermann und Maria Beer, Tel.: 7473620, hermann@h-team-ev.de, *www.h-team-ev.de*

Ausstellung „Skulpturen" von Stephan Kern in der Rathausgalerie

(2.8.2010) Am Donnerstag, 5. August, 20 Uhr, spricht Stadträtin Monika Renner (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters in der Rathausgalerie/Kunsthalle Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Skulpturen" von Stephan Kern. Johannes Muggenthaler, Kulturreferat, hält eine Einführung. Die Skulpturen des international agierenden Münchner Künstlers Stephan Kern (geboren 1955) verfügen über eine beeindruckende Variationsbreite. Aus geometrischen Grundformen entwickelt, repräsentieren sie eine sehr persönliche Ordnung, die sich beständig fortentwickelt, evolutioniert. „Der kleine Turm. Die Planetenbahn. Die zerbrochene Metallfeder": Die Objekte haben in ihrer Vieldeutigkeit die Nähe zu rätselhaften Fundstükken.

Die Ausstellung „Stephan Kern – Skulpturen" ist vom 6. August bis 18. September, Dienstag bis Sonntag von 11 bis 19 Uhr in der Rathausgalerie/ Kunsthalle (Marienplatz 8) zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Am 10., 11. und 12. September beteiligt sich die Rathausgalerie an „Open-Art", dem Galerienwochenende der Münchner Galerien. Nähere Informationen sind auch unter *www.muenchen.de/rathausgalerie* ersichtlich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 2. August 2010

Wer sagt die Wahrheit?
Anfrage Stadträte Hans Podiuk, Richard Quaas und Josef Schmid (CSU) vom 30.7.2010

Antwort Bürgermeister Hep Monatzeder:

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Vollversammlung des Münchner Stadtrates bezüglich der Bewerbungen bzw. Nichtbewerbungen von Medizinern als Geschäftsführer der Klinikum GmbH im Jahre 2004, haben Sie die o.g. Anfrage gestellt, die mir Herr Oberbürgermeister zur Beantwortung übertragen hat.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen, teile ich Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Wer sagt in dieser Angelegenheit die Wahrheit?

Antwort:
Der Sachverhalt gestaltet sich aus meiner Sicht folgendermaßen:

1. Richtig ist, dass ich in einem Interview mit der SZ am 13. Juli 2010 die Aussage gemacht habe, dass sich bei der Bestellung der Geschäftsführung 2004 kein Arzt beworben habe. Richtig ist ebenso, dass ich diesen Irrtum tags darauf in einer Pressekonferenz richtig gestellt hatte.

2. Im Bericht vom 30.07. schreibt die SZ, dass der Bürgermeister in einem Telefonat berichtete, „dass er gerade in Mitarbeiterversammlungen in Bogenhausen und Neuperlach gewesen sei. Auch in Neuperlach habe ihn eine Ärztin mit der Behauptung überrascht, sich für einen der Führungsposten beworben zu haben. Er habe dort erklärt, er werde das prüfen lassen".

   Tatsache ist, dass ich auf einer Betriebsversammlung im Klinikum Bogenhausen, wo ich meine irrtümliche Aussage wiederholte, von einer der anwesenden Mitarbeiterinnen des Klinikums auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht wurde. Ob es sich dabei um eine Ärztin handelte, ist mir unbekannt, deshalb sprach ich auch immer nur von einer Mitar-

beiterin des Klinikums. Ich machte bereits dort deutlich, dass ich diese Frage abschließend klären würde. Deshalb habe ich diese Aussage in Neuperlach (ca. 1 ½ Stunden später) gar nicht mehr wiederholt.

3. Die SZ führt aus, dass der Bürgermeister in diesem Telefonat mit der SZ darauf hingewiesen wurde, dass sich sehr wohl ein Arzt beworben habe. Er erklärte daraufhin, „ich werde das prüfen lassen". Er „räumte jedoch nicht ein, dass er sich getäuscht habe".

   Selbst wenn ich in diesem Telefongespräch nicht ausdrücklich darauf verwiesen habe, dass ich mich möglicherweise getäuscht habe und meinen Fehler richtig stellen wolle, ist das doch die logische Folge einer Überprüfung. Denn welchen Sinn hätte sonst eine Überprüfung gemacht?

   Mir ist unerklärlich, wieso es in dem Telefonat mit der SZ zu so vielen Missverständnissen und unterschiedlichen Erinnerungen kommen konnte.

   Die Behauptung allerdings, der Bürgermeister „hat seinen Fehler erst am Abend des 14. Juli bei einer Pressekonferenz eingestanden", wie sie ebenfalls im SZ-Artikel vom 30. Juli zu lesen ist, lässt sich im Gegensatz zu den unterschiedlichen Erinnerungen während des Telefonats leicht aufklären: Es war nämlich die erste Pressekonferenz am Nachmittag des 14. Juli, in der Sitzungspause der Aufsichtsratssondersitzung, auf der ich den Irrtum gleich zu Beginn richtig stellte, und nicht die später folgende Abendpressekonferenz, auf der ich die fristlose Kündigung der Geschäftsführung bekannt gab.

Frage 2:
Wie lassen sich die widersprüchlichen Aussagen des 3. Bürgermeisters und Aufsichtsratsvorsitzenden Hep Monatzeder erklären?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Winterschäden
Anfrage Stadträte Dr. Reinhold Babor, Dr. Georg Kronawitter, Otto Seidl und Mario Schmidbauer (CSU) vom 26.3.2010

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrer Anfrage vom 26.03.2010 führen Sie aus, dass aufgrund des langen und kalten Winters mit deutlichen Schäden an Straßen und Gleisen zu rechnen ist. Wir bedanken uns für die Terminverlängerung. Das Baureferat nimmt zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

Frage 1:
In welcher Qualität bzw. mit welchen Standards wird die Straßenausbesserung (incl. Rad- und Gehwege) vorgenommen?

Antwort:
Die typischen Winterschäden, d.h. Aufbrüche in den Asphaltbelägen, entstehen vor allem bei häufigen Frost-/Tauwechseln und treten überwiegend im Fahrbahnbereich auf. Die entstandenen Schlaglöcher werden vom Baureferat-Straßenunterhalt sofort nach Feststellung provisorisch mit Kaltasphalt ausgebessert. Nach Beendigung der Frostperiode werden, je nach Schadensbild, entweder Teilflächeninstandsetzungen mit Heißasphalt durchgeführt oder, wenn die Straße schon stark beschädigt ist, die Schäden im Rahmen einer großflächigen Fahrbahnsanierung beseitigt.

Frage 2:
Können mit dem vorhandenen Budget alle entstandenen Schäden beseitigt werden?
Falls nein, wie viel Geld wäre dafür nötig?

Antwort:
Es ist nicht möglich, jeden Einzelschaden konkret dem Winter 2009/2010 zuzuordnen oder einer längerfristigen Schadensentwicklung. Das Baureferat hat dem Stadtrat 2007 die allgemeine Entwicklung des Straßenzustandes in München in der Beschlussvorlage „Zusatzfinanzierung für den Straßenunterhalt" (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/ V 09581) aufgezeigt. Die Erhebungen zum Straßenunterhalt haben zu diesem Zeitpunkt gezeigt, dass der Gesamtzustand des Hauptstraßennetzes gegenüber 1992 in etwa gehalten werden konnte. Dagegen hat eine Verschlechterung des Nebenstraßenzustandes stattgefunden. Mit Beschluss vom 06.03.2007 hat der Stadtrat bis 2011 jährlich 2 Millionen Euro zusätzliche Mittel gezielt für die

Verbesserung des Straßenzustandes zur Verfügung gestellt. Nach 2011 wird eine erneute Bewertung erforderlich.

Frage 3:
In welchem Umfang sind die Gleisfugen der Tram betroffen?

Antwort:
Der Unterhalt der Gleisbereiche liegt ausschließlich in der Zuständigkeit der Stadtwerke München GmbH. Die Stadtwerke nehmen wie folgt Stellung:
„Seit der Entwicklung, Einführung und Verwendung von polymermodifizierten Fugenvergussmaterialien in 2005 kommt es nur noch vereinzelt zu Fugenschäden. Das Fugenvergussmaterial ist in Zusammenarbeit mit Herrn Univ.-Prof. Dr.-Ing. Wirth von der TU München entwickelt worden. Es hat sich seitdem im Hinblick auf die dauerhafte Schadfreiheit über die Lebensdauer hervorragend bewährt.
Explizite Schadensmeldungen, die im direkten Zusammenhang mit dem Winter 2009/2010 stehen, liegen nicht vor."

Frage 4:
Bis wann ist mit dem Abschluss der Sanierungen zu rechnen?

Antwort:
Die kleineren Schäden wurden unmittelbar nach Ende der Frostperiode beseitigt. Umfangreichere Schäden wurden und werden im Zuge der jährlichen Baumaßnahmen des Straßenunterhalts behoben.

Gebührenberechnung des AWM?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Michael Mattar und Gabriele Neff (FDP) vom 24.6.2010

Antwort Kommunalreferentin Gabriele Friderich:

In Ihrer Anfrage vom 24.06.2010 nehmen Sie Bezug auf die Vollversammlung des Stadtrates am 23.06.2010, in deren Verlauf – im Zusammenhang mit der Kündigung der örtlichen Tarifvereinbarungen – thematisiert wurde, ob bestimmte Lohnbestandteile in die Gebührenkalkulation mit einbezogen werden dürfen.

Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, erlaube ich mir folgende Vorbemerkung:

Der Zweite Werkleiter des AWM hat in der Vollversammlung vom 23.06.2010 darauf hingewiesen, dass nach Auffassung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) ein gebührenrechtliches Risiko wegen der Bezahlung bestimmter Lohnzuschläge besteht. Dieses Risiko wurde im Zusammenhang mit der überörtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 1999 – 2005 seitens des BKPV identifiziert. Die Prüfungsergebnisse wurden dem AWM Anfang 2006 eröffnet. Insgesamt erhält der Bericht 31 Prüfungsfeststellungen.

Das Prüfungsergebnis wurde mit entsprechenden Stellungnahmen des AWM zu allen Punkten am 16.11.2006 dem Kommunalausschuss als Werkausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb München bekannt gegeben.

Bereits zum damaligen Zeitpunkt hat der AWM darauf hingewiesen, dass er die Rechtsauffassung des BKPV zu dem jetzt in Rede stehenden örtlichen Tarifvereinbarungen nicht teilt. Hauptgrund dafür ist, dass es im Einsammeldienst des AWM in den vergangenen 10 Jahren Leistungsverdichtungen in Höhe von rund 50 % im Vergleich zu den 90er Jahren gegeben hat. Dieser Sachverhalt ist vom Kommunalen Prüfungsverband in keiner Weise gewürdigt worden.
Allerdings gibt es auch aus der Sicht der Werkleitung einen Neuregelungsbedarf, da mit Inkrafttreten des TVöD im Jahre 2005 die Grundlage für die Bezahlung pauschalierter Lohnzuschläge entfallen ist. Deshalb hat auch der Kommunale Arbeitsgeberverband empfohlen, die örtlichen Tarifvereinbarungen sicherheitshalber zu kündigen.

Mit Beschluss des Kommunalausschusses als Werkausschuss für den AWM zum Wirtschaftsplan 2007 vom 19.10.2006 haben sich der AWM und das POR ermächtigen lassen, entsprechende Tarifgespräche zur einvernehmlichen Aufhebung der örtlichen Tarifvereinbarungen mit der Gewerkschaft ver.di zu führen. Wegen der 6-monatigen Kündigungsfrist wären demnach die örtlichen Tarifvereinbarungen frühestens zum 31.12.2007 zu kündigen gewesen. Hierbei muss man jedoch bedenken, dass auch nach der Kündigung von örtlichen Tarifvereinbarungen wegen der üblichen Nachwirkung im Rahmen der Besitzstandswahrung der Entfall der Lohnzuschläge erst langfristig wirksam geworden wäre.

In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, dass nicht zuletzt aufgrund der logistischen Optimierungen im Einsammeldienst in den vergangenen 4 Jahren die Abfallgebühren zwei Mal um nennenswerte Beträge gesenkt werden konnten.

Frage1:
Seit wann liegt das Problem vor?

Antwort:
Das Problem ist seit 2006 bekannt.

Frage 2:
Wie hoch sind die Kosten, die nicht gebührenpflichtig sind, aber den Gebührenzahlern berechnet werden, absolut p.a.?

Antwort:
Auf Basis der örtlichen Tarifvereinbarungen wurde in 2008 und 2009 jeweils ein Betrag in Höhe von 1,8 Mio. Euro ausbezahlt. Im Gegensatz zum BKPV ist der AWM allerdings der Auffassung, dass diese Ausgaben sehr wohl in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden können.

Frage 3:
Wie viel macht dies für einen durchschnittlichen Haushalt aus?

Je nach Trennverhalten zahlt ein durchschnittlicher 2-Personen-Haushalt in München zwischen 150 – 250 Euro p.a. an Müllgebühren. Bei 748.000 Haushalten entspricht der unter Punkt 2 aufgeführte Betrag einer Belastung von 2,40 Euro pro Haushalt/Jahr.

Nutzung des Parkplatzes an der Floßlände
Anfrage Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) vom 27.5.2010

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 27.05.2010 haben Sie gemäß § 68 GeschO oben genannte Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, in der Sie sich auf den Parkplatz nordöstlich der Floßlände beziehen, auf dem sich seit einiger Zeit zwei Bauwägen in der Mitte des Parkplatzes auf der Grüninsel befinden, die mit einem Holzzaun eingefasst sind. Sie informierten uns auch über Müllablagerungen und fehlende Sanitäreinrichtungen.

Wir bedanken uns zunächst für die gewährte Fristverlängerung.

Die Anfrage wird vom Planungsreferat nun wie folgt beantwortet:

Das betreffende Grundstück FlNr. 409/19 befindet sich außerhalb der im Zusammenhang bebauter Ortsteile und ist damit nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen.
Ferner befindet es sich im Landschaftsschutzgebiet der Isarauen und in unmittelbarer Nähe zum Biotop M 234-003 (Auwald an der Isar von Thalkirchen bis Hinterbrühl). Das Arten- und Biotopschutzprogramm der Stadt München gibt auch Aufschluss darüber, dass sich das Grundstück in einem lokal bedeutsamen Bereich befindet. Die Umgebung entlang der Isar wird als landesweit und überregional bedeutsam definiert. Diese Bereiche sollen gesichert und optimiert werden.

Nachdem es sich hier um kein privilegiertes Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 BauGB handelt, ist das Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB als sonstiges Vorhaben zu beurteilen.

Das dauerhafte Abstellen von Bauwägen und die Einfriedung des Bereiches ist hier sowohl aus bauplanungsrechtlicher als auch naturschutzrechtlicher Sicht nicht zulässig.
Grundsätzlich ist der Außenbereich von baulichen Anlagen freizuhalten.
Eine Genehmigung zum Abstellen der Bauwägen liegt nicht vor.
Des weiteren sind Veränderungen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten unzulässig. Eine nachträgliche Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 3 Absatz 2 Landschaftsschutzverordnung (LSchV) kann nicht erteilt werden. Sanitäranlagen würden die Nutzung verfestigen.

Die Errichtung von Zäunen und Einfriedungen im Landschaftsschutzgebiet bedarf ebenfalls der vorgängigen Erlaubnis durch die Untere Naturschutzbehörde. Da die Einfriedung aber in direktem Bezug zu den Bauwägen steht, kann einer Belassung hier nicht zugestimmt werden. Die Zustände vor Ort legen es nahe, dass dieser Standort aufgegeben wird.

Frage 1:
Lassen die Nutzungsbedingungen für das Areal ein dauerhaftes Abstellen von Bauwagen zu? Wenn ja, wären dann nicht Sanitäranlagen – auch zum Schutz des angrenzenden Landschaftsschutzgebietes – notwendig?

Antwort:
Nein.

Frage 2:
Ist das Einfrieden der Bauwagen rechtens?

Antwort:
Nein.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 2. August 2010

Windkrafträder im Münchner Norden
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Sicherung der Städtebauförderung
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Sabine Krieger und Boris Schwartz (Bündnis 90/Die Grünen)

Hundesteuer erlassen für Steuerpflichtige mit München-Pass
Antrag Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de

Anfrage
02.08.10

Windkrafträder im Münchner Norden

Mit Antrag vom 29.04.2010 haben SPD und Grüne die Stadtwerke München gebeten zu prüfen, ob auf dem Gelände des neuen Müllbergs in Freimann ein weiteres oder mehrere Windkrafträder errichtet werden können. Der Stadtwerke-Chef Dr. Mühlhäuser wird in der Presse zitiert, er wolle den Antrag wohlwollend prüfen.

Aktuelle Presseberichte klingen jedoch so, als ob hier bereits das Prüfstadium abgeschlossen und das Planungsstadium sehr weit gediehen wäre. Von drei Standorten ist die Rede, die bei der Nachbarstadt Garching allerdings auf wenig Gegenliebe stoßen.

Daher frage ich:

1. Wie sehen die konkreten Planungen für den Münchner Norden aus?

2. Sind bereits konkrete Verfahrensschritte eingeleitet?

3. Wie sieht die Abstimmung mit den Umlandgemeinden aus?

4. Werden die Standorte dem Stadtrat zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt? Wenn ja, wann?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 02.08.2010

Antrag

Sicherung der Städtebauförderung

Der Münchner Stadtrat fordert die Münchner Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel für die Städtebauförderung auch künftig in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen.

Begründung:
Das Sparpaket der Bundesregierung sieht eine Halbierung der bisherigen Städtebauförderung auf 305 Mio. EUR vor. Bei einem Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Höhe von 26,3 Milliarden EUR wird dann der Anteil der Städtebauförderung nur noch wenig mehr als 1% betragen. Von diesem halbierten Fördertopf wird ein neues Förderprogramm für ländliche Räume mit finanziert werden. Es ist also zu befürchten, dass die Mittel für die Städtebauförderung für München zukünftig deutlich weniger als die Hälfte betragen werden.

In München wurden mit den inzwischen abgeschlossenen Förderprojekten im Rahmen der „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ im Hasenbergl und Milbertshofen große Erfolge erzielt. Derzeit erhält München Mittel für je zwei Projekte zur „Sozialen Stadt“ (Giesing und Berg am Laim/Ramersdorf und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (Pasing und Trudering). Für Neuaubing und Westkreuz ist die Voruntersuchung abgeschlossen und ein besonderer Handlungsbedarf festgestellt worden. Dem folgend bewirbt sich München für diese Gebiete für die Aufnahme in das Förderprogramm „Soziale Stadt“. Der Münchner Stadtrat hat, unter dem Vorbehalt der Aufnahme in das Förderprogramm, die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die vorbereitenden Untersuchungen beschlossen.

Der gesellschaftliche Wandel wird auch in München den Handlungsbedarf erhöhen, in benachteiligten Stadtquartieren einen familien- und altengerechten Stadtumbau zu bewerkstelligen. Die Städtebauförderung ist ein wichtiger Motor, um eine soziale Festigung und wirtschaftliche Revitalisierung zu erreichen. Die angekündigte Kürzung führt dazu, dass u.U. dringende Maßnahmen, z.B. im Bereich der Kinderbetreuung oder dem Ausbau der Infrastruktur, nicht getätigt werden können. Die geplante Kürzung der Städtebauförderung geht gänzlich zu Lasten der Kommunen, verschärft vorhandene Probleme und verschiebt deren Lösung in die Zukunft.

Fraktion Bündnis90/Die Grünen - rosa liste
Initative:

Paul Bickelbacher	Sabine Krieger	Boris Schwartz
Stadtrat	Stadträtin	Stadtrat

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Brigitte Wolf
Ehrenamtliche Stadträtin

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 30. Juli 2010

Antrag: Hundesteuer erlassen für Steuerpflichtige mit München-Pass

Der Stadtrat möge beschließen:

Münchnerinnen und Münchnern, die Hundesteuer bezahlen müssen, wird auf Antrag die fällige Hundesteuer erlassen, falls sie einen aktuellen München-Pass vorlegen können.

Begründung:
Der Stadtrat hat kürzlich die Erhöhung der Hundesteuer auf 100,- Euro im Jahr beschlossen. Dies ist für Rentnerinnen und Rentner, die mit der Grundsicherung auskommen müssen, aber natürlich auch für die Leistungsbezieher/innen von Hartz IV ein Betrag, der mehr als 25 Prozent eines monatlichen Einkommens ausmacht.
Da sich gerade auch für ältere Menschen ein Hund sehr positiv auf Gesundheit, soziale Kontakte und Integration im Stadtviertel auswirkt, sollte in solchen Fällen auf die Eintreibung der Hundesteuer verzichtet werden. Durch die Kopplung an den München-Pass entfällt zudem bei der Stadtkämmerei ein zusätzlicher Prüfungsaufwand.

Brigitte Wolf
Stadträtin der LINKEN.